

§ 2 - Sie können:

- Schiffe einzeln oder im Konvoi begleiten,
- Straftaten der Piraterie ermitteln und sie durch Protokolle, die bis zum Beweis des Gegenteils Beweiskraft haben, feststellen,
- sich jederzeit an Bord von Schiffen begeben, gegen die Taten der Piraterie begangen werden, sowie von Schiffen, die verdächtigt werden, an solchen Taten teilzunehmen oder sich darauf vorzubereiten, daran teilzunehmen. Zu diesem Zweck sind sie berechtigt, die Vorlegung aller Schiffspapiere und Belege zu verlangen und diese zu überprüfen. Wenn der Verdacht weiter besteht, können sie alle Räumlichkeiten und Orte an Bord aufsuchen,
- eine belgische militärische Schutzmannschaft an Bord eines Zivilschiffs bringen,
- ein Piratenschiff oder ein Schiff, das infolge einer Tat der Piraterie überwältigt worden ist und sich in der Gewalt von Piraten befindet, sowie die an Bord befindlichen Güter beschlagnahmen,
- alle Dokumente und alles, was der Wahrheitsfindung dienlich sein kann, an Bord eines Piratenschiffs beschlagnahmen.

§ 3 - Wenn der Zugang an Bord verweigert wurde oder faktisch unmöglich gewesen ist, kann der Kommandant des in § 1 erwähnten Schiffs die Kursänderung des Schiffs, das mit ausreichenden Gründen einer Straftat der Piraterie verdächtigt wird, zu einer geeigneten Stelle oder zu einem geeigneten Hafen hin anordnen. Diese Kursänderung erfolgt auf Kosten und Gefahr der Personen, die die Kontrolle über das Schiff haben, das den Kurs ändern muss.

Während der Durchfahrt infolge der Entscheidung zur Kursänderung kann der Kommandant die notwendigen und passenden Zwangsmaßnahmen ergreifen, um die Erhaltung des Schiffs und seiner Ladung und die Sicherheit der an Bord befindlichen Personen zu gewährleisten.

§ 4 - Wenn - in den im vorliegenden Artikel erwähnten Fällen - die Personen, die die tatsächliche Kontrolle über das Schiff haben, das verdächtigt wird, eine Straftat der Piraterie zu begehen oder Gegenstand einer Straftat der Piraterie zu sein, das Anbordkommen oder die Kursänderung ausdrücklich oder tatsächlich verweigern, kann der Kommandant des in § 1 erwähnten Schiffs - nach mehrmaligen Aufforderungen - diesem Schiff gegenüber Zwangsmaßnahmen ergreifen, die, wenn nötig, die Anwendung von Gewalt umfassen.

[Art. 5/1 - Unbeschadet der Befugnisse der in Artikel 5 § 1 erwähnten Kommandanten und der Gerichtspolizeioffiziere:

1. halten die Kapitäne von Schiffen, die ermächtigt sind, die belgische Flagge zu führen, und direkt von Taten der Piraterie betroffen sind, die an Bord des Schiffs begangenen Straftaten der Piraterie in Protokollen fest, die bis zum Beweis des Gegenteils Beweiskraft haben; wenn der Kapitän nicht die belgische Staatsangehörigkeit besitzt, kann das Protokoll in Englisch erstellt werden,

2. können die Kapitäne von Schiffen, die ermächtigt sind, die belgische Flagge zu führen, und direkt von Taten der Piraterie betroffen sind, alles an Bord des Schiffs, was als Beweis der Piraterie dienen kann, beschlagnahmen.]

[Art. 5/1 eingefügt durch Art. 29 des G. vom 16. Januar 2013 (B.S. vom 30. Januar 2013)]

Art. 6 - Alle Bestimmungen von Buch I des Strafgesetzbuches einschließlich Kapitel VII und Artikel 85 finden Anwendung auf die im vorliegenden Gesetz erwähnten Straftaten.

KAPITEL 3 — Abänderung des Strafgesetzbuches

Art. 7 - [Abänderungsbestimmung]

KAPITEL 4 — Inkrafttreten

Art. 8 - Vorliegendes Gesetz tritt am Tag seiner Veröffentlichung im *Belgischen Staatsblatt* in Kraft.

SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

[C - 2013/00437]

30 DECEMBRE 2009. — Loi relative à la lutte contre la piraterie maritime et modifiant le Code judiciaire. — Coordination officielle en langue allemande

Le texte qui suit constitue la coordination officielle en langue allemande de la loi du 30 décembre 2009 relative à la lutte contre la piraterie maritime et modifiant le Code judiciaire (*Moniteur belge* du 14 janvier 2010), telle qu'elle a été modifiée par la loi du 16 janvier 2013 modifiant la loi du 30 décembre 2009 relative à la lutte contre la piraterie maritime et modifiant le Code judiciaire (*Moniteur belge* du 30 janvier 2013).

Cette coordination officielle en langue allemande a été établie par le Service central de traduction allemande à Malmédy.

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

[C - 2013/00437]

30 DECEMBER 2009. — Wet betreffende de strijd tegen piraterij op zee en tot wijziging van het Gerechtelijk Wetboek. — Officiële coördinatie in het Duits

De hiernavolgende tekst is de officiële coördinatie in het Duits van de wet van 30 december 2009 betreffende de strijd tegen piraterij op zee en tot wijziging van het Gerechtelijk Wetboek (*Belgisch Staatsblad* van 14 januari 2010), zoals ze werd gewijzigd bij de wet van 16 januari 2013 tot wijziging van de wet van 30 december 2009 betreffende de strijd tegen de piraterij op zee en tot wijziging van het Gerechtelijk Wetboek (*Belgisch Staatsblad* van 30 januari 2013).

Deze officiële coördinatie in het Duits is opgemaakt door de Centrale Dienst voor Duitse vertaling in Malmédy.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

[C - 2013/00437]

30. DEZEMBER 2009 — Gesetz über die Bekämpfung der Seepiraterie und zur Abänderung des Gerichtsgesetzbuches — Inoffizielle Koordinierung in deutscher Sprache

Der folgende Text ist die inoffizielle Koordinierung in deutscher Sprache des Gesetzes vom 30. Dezember 2009 über die Bekämpfung der Seepiraterie und zur Abänderung des Gerichtsgesetzbuches, so wie es abgeändert worden ist durch das Gesetz vom 16. Januar 2013 zur Abänderung des Gesetzes vom 30. Dezember 2009 über die Bekämpfung der Seepiraterie und zur Abänderung des Gerichtsgesetzbuches.

Diese inoffizielle Koordinierung in deutscher Sprache ist von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmédy erstellt worden.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST JUSTIZ

30. DEZEMBER 2009 — Gesetz über die Bekämpfung der Seepiraterie
und zur Abänderung des GerichtsgesetzbuchesKAPITEL 1 — *Allgemeine Bestimmung*

Artikel 1 - Vorliegendes Gesetz regelt eine in Artikel 77 der Verfassung erwähnte Angelegenheit.

KAPITEL 2 — *Bestimmungen über die Bekämpfung der Seepiraterie*

Art. 2 - § 1 - Einer Person, die bei Piraterie im Sinne der Artikel 3 und 4 des Gesetzes vom 30. Dezember 2009 über die Bekämpfung der Seepiraterie auf frischer Tat ertappt wird oder bei der schwerwiegende Schuldindizien in Bezug auf eine solche Straftat vorliegen, kann die Freiheit entzogen werden, entweder auf Initiative des Kommandanten einer militärischen Schutzmansschaft an Bord eines Zivilschiffs [oder auf Initiative des Kapitäns eines unter belgischer Flagge fahrenden Schiffs, das direkt von einer Tat der Piraterie betroffen ist]. Der Kommandant [oder der Kapitän] erstellt ein Protokoll, in dem die Umstände, unter denen die Freiheitsentziehung erfolgt ist, sowie die genaue Uhrzeit der Freiheitsentziehung detailliert angegeben werden.

§ 2 - Der Kommandant [oder der Kapitän] setzt den Föderalprokurator unmittelbar über die schnellstmöglichen Kommunikationsmittel von der Freiheitsentziehung in Kenntnis. Der Kommandant [oder der Kapitän] führt die von diesem Magistraten erteilten Befehle, sowohl was die Freiheitsentziehung als auch was die auszuführenden Aufgaben betrifft, aus.

§ 3 - Die Freiheitsentziehung darf in keinem Fall vierundzwanzig Stunden überschreiten. Die Freiheitsentziehung muss binnen vierundzwanzig Stunden vom Föderalprokurator bestätigt werden. Ist dies nicht der Fall, wird der Betreffende wieder freigelassen. Die Entscheidung des Föderalprokurators wird dem Betreffenden unmittelbar vom Kommandanten [oder vom Kapitän] mitgeteilt.

§ 4 - Der Kommandant [oder der Kapitän] erstellt über die Freiheitsentziehung ein Protokoll. In diesem Protokoll werden die genaue Uhrzeit der Freiheitsentziehung, die Entscheidung des Föderalprokurators über diese Freiheitsentziehung sowie die genaue Uhrzeit der Mitteilung der Entscheidung des Föderalprokurators an den Betreffenden angegeben.

§ 5 - Wenn der Föderalprokurator der Ansicht ist, dass gegen eine Person, der wegen Taten der Piraterie die Freiheit entzogen wurde, Haftbefehl erlassen werden sollte, ersucht er in dieser Angelegenheit den Untersuchungsrichter, der dann einen vorläufigen Haftbefehl erlassen kann. Der vorläufige Haftbefehl muss binnen vierundzwanzig Stunden nach der ursprünglichen Freiheitsentziehung erlassen werden und ist bis zu vierundzwanzig Stunden nach Ankunft des Gefangenen auf dem Staatsgebiet des Königreichs und höchstens einen Monat lang gültig.

Die Vernehmung der Person, der die Freiheit entzogen wurde, kann mittels Radio, Telefon, audiovisueller oder anderer technischer Mittel erfolgen, die eine Direktübertragung der Stimme zwischen dem Untersuchungsrichter und dem Verdächtigen ermöglichen und den vertraulichen Charakter ihres Gesprächs gewährleisten.

Wenn die Vernehmung der Person, der die Freiheit entzogen wurde, aufgrund außergewöhnlicher Umstände nicht möglich ist, muss der Untersuchungsrichter die Personen vernehmen, die imstande sind, die ihr zur Last gelegten Taten darzulegen.

Alle im vorliegenden Paragraphen erwähnten Elemente, einschließlich der eventuellen außergewöhnlichen Umstände, die die Vernehmung des Betreffenden unmöglich gemacht haben, werden im Vernehmungsprotokoll vermerkt.

Der Betreffende wird vom Kommandanten [oder vom Kapitän] unmittelbar von der Entscheidung des Untersuchungsrichters in Kenntnis gesetzt und erhält so schnell wie möglich eine Kopie des vorläufigen Haftbefehls. Der Kommandant [oder der Kapitän] vermerkt in einem Protokoll die genaue Uhrzeit, wann der Betreffende über die Entscheidung des Untersuchungsrichters in Kenntnis gesetzt wurde, und die genaue Uhrzeit, wann ihm die Kopie des vorläufigen Haftbefehls ausgehändigt wurde.

§ 6 - Falls die Verfolgung in Belgien eingeleitet wird, wird der Beschuldigte, sobald die Umstände es ermöglichen, nach Belgien verbracht.

Binnen vierundzwanzig Stunden nach seiner Ankunft auf dem Staatsgebiet des Königreichs wird er dem Untersuchungsrichter persönlich vorgeführt und vernommen. Der Untersuchungsrichter überprüft, ob die in § 5 Absatz 1 erwähnten Fristen von vierundzwanzig Stunden nach der Ankunft des Gefangenen auf dem Staatsgebiet des Königreichs und von höchstens einem Monat eingehalten wurden. Im Falle, wo binnen vierundzwanzig Stunden keine Vernehmung stattgefunden hat oder die in § 5 Absatz 1 erwähnten Fristen nicht eingehalten worden sind, wird der Beschuldigte freigelassen.

Wenn der Untersuchungsrichter der Ansicht ist, dass die Haft aufrechterhalten werden muss, erlässt er gemäß Artikel 16 des Gesetzes vom 20. Juli 1990 über die Untersuchungshaft einen Haftbefehl.

[§ 7 - Wenn der Kapitän nicht die belgische Staatsangehörigkeit besitzt, können die im vorliegenden Artikel erwähnten Protokolle in Englisch erstellt werden.]

[Art. 2 § 1 abgeändert durch Art. 2 Nr. 1 und 2 des G. vom 16. Januar 2013 (B.S. vom 30. Januar 2013); § 2 abgeändert durch Art. 2 Nr. 3 und 4 des G. vom 16. Januar 2013 (B.S. vom 30. Januar 2013); § 3 abgeändert durch Art. 2 Nr. 5 des G. vom 16. Januar 2013 (B.S. vom 30. Januar 2013); § 4 abgeändert durch Art. 2 Nr. 6 des G. vom 16. Januar 2013 (B.S. vom 30. Januar 2013); § 5 abgeändert durch Art. 2 Nr. 7 und 8 des G. vom 16. Januar 2013 (B.S. vom 30. Januar 2013); § 7 eingefügt durch Art. 2 Nr. 9 des G. vom 16. Januar 2013 (B.S. vom 30. Januar 2013)]

Art. 3 - § 1 - Die in den Artikeln 3 und 4 des Gesetzes vom 30. Dezember 2009 über die Bekämpfung der Seepiraterie erwähnten Straftaten der Piraterie, die an Bord eines belgischen Schiffs begangen werden, gelten als auf dem Staatsgebiet des Königreichs begangene Straftaten.

§ 2 - Der Föderalprokurator ist dafür zuständig, in Belgien jede Person zu verfolgen, die sich außerhalb des Staatsgebiets des Königreichs einer in den Artikeln 3 und 4 des Gesetzes vom 30. Dezember 2009 über die Bekämpfung der Seepiraterie erwähnten Straftat schuldig gemacht hat, wenn die Taten gegen ein belgisches Schiff begangen wurden oder wenn die Verdächtigen von belgischen Militärpersonen ergriffen worden sind.

§ 3 - Die in § 2 erwähnten Verfolgungen können stattfinden, auch wenn die Person nicht auf dem Staatsgebiet des Königreichs gefunden wird.

§ 4 - Der Föderalprokurator beurteilt die Zweckmäßigkeit der Verfolgungen, indem er den konkreten Umständen der Sache Rechnung trägt.

Sofern das betreffende Rechtsprechungsorgan die Eigenschaften der Unabhängigkeit, der Unparteilichkeit und der Billigkeit aufweist, wie dies insbesondere aus den relevanten internationalen Verbindlichkeiten, die Belgien und den Staat dieses Rechtsprechungsorgans binden, hervorgeht, kann er beschließen, dass diese Sache im Interesse einer geordneten Rechtspflege und unter Einhaltung der internationalen Verpflichtungen Belgiens bei einem der folgenden Rechtsprechungsorgane anhängig gemacht wird:

— entweder beim Rechtsprechungsorgan des Staates, dessen Flagge das Schiff, gegen das die Taten begangen wurden, führt,

— oder beim Rechtsprechungsorgan des Staates, dessen Staatsangehöriger der Täter ist, oder des Orts, wo der Täter gefunden werden kann,

— oder beim Rechtsprechungsorgan eines Drittstaats; dies sobald die Bedingungen für diese Verbringung in Übereinstimmung mit dem anwendbaren Völkerrecht mit diesem Staat vereinbart worden sind.

§ 5 - Das Auftreten als Zivilpartei ist erst zulässig, nachdem der Föderalprokurator entschieden hat, die Strafverfolgung auszuüben.

§ 6 - Die Rechtsprechungsorgane von Brüssel sind ausschließlich dafür zuständig, über die in den Artikeln 3 und 4 des Gesetzes vom 30. Dezember 2009 über die Bekämpfung der Seepiraterie erwähnten Straftaten zu erkennen.

KAPITEL 3 — *Abänderungen des Gerichtsgesetzbuches*

Art. 4 - [Abänderungsbestimmung]

KAPITEL 4 — *Inkrafttreten*

Art. 5 - Vorliegendes Gesetz tritt am Tag seiner Veröffentlichung im *Belgischen Staatsblatt* in Kraft.

SERVICE PUBLIC FEDERAL MOBILITE ET TRANSPORTS

[C - 2013/14262]

29 MAI 2013. — Arrêté ministériel réglementant les atterrissages et décollages des hélicoptères en dehors des aérodromes

La Ministre de l'Intérieur et de l'Egalité des Chances et le Secrétaire d'Etat à la Mobilité,

Vu la loi du 27 juin 1937 portant révision de la loi du 16 novembre 1919 relative à la réglementation de la navigation aérienne, l'article 5, § 1^{er};

Vu l'arrêté royal du 15 mars 1954 réglementant la navigation aérienne, l'article 43, § 4, remplacé par l'arrêté royal du 31 août 1979;

Vu l'arrêté ministériel du 24 décembre 1970 réglementant les atterrissages et les décollages d'hélicoptères en dehors des aérodromes;

Vu l'association des gouvernements de région à l'élaboration du présent arrêté;

Vu l'avis n° 52.287/4 du Conseil d'Etat, donné le 30 janvier 2013, en application de l'article 3, § 1^{er}, des lois sur le Conseil d'Etat, coordonnées le 12 janvier 1973,

Arrêtent :

Article 1^{er}. § 1^{er}. Sauf dans le cas où des hélicoptères doivent participer à des opérations de sauvetage et sans préjudice du respect de toutes autres dispositions légales applicables et des dispositions réglementaires régissant l'exploitation technique des aéronefs, les atterrissages et les décollages d'hélicoptères en dehors des aérodromes sont soumis aux conditions minimales définies ci-après :

1° avant le vol le pilote doit avoir reçu l'autorisation du propriétaire du terrain;

2° l'aire d'approche finale et de décollage doit couvrir un cercle ayant un diamètre d'au moins 1,5 fois la longueur totale de l'hélicoptère;

3° le sol de l'aire d'approche finale et de décollage sera de niveau, constitué d'une surface ferme, non poussiéreuse, et exempt de tout obstacle;

FEDERALE OVERHEIDSDIENST MOBILITEIT EN VERVOER

[C - 2013/14262]

29 MEI 2013. — Ministerieel besluit houdende regeling van het landen en het opstijgen van helikopters buiten de luchtvaartterreinen

De Minister van Binnenlandse Zaken en Gelijke Kansen en de Staatssecretaris voor Mobiliteit,

Gelet op de wet van 27 juni 1937 houdende herziening van de wet van 16 november 1919, betreffende de regeling der luchtvaart, artikel 5, § 1;

Gelet op het koninklijk besluit van 15 maart 1954 tot regeling der luchtvaart, artikel 43, § 4, vervangen bij koninklijk besluit van 31 augustus 1979;

Gelet op het ministerieel besluit van 24 december 1970 houdende regeling van de landingen en opstijgingen van hefschroefvliegtuigen buiten de luchtvaartterreinen;

Gelet op de omstandigheid dat de gewestregeringen bij het ontwerpen van dit besluit betrokken zijn;

Gelet op het advies nr. 52.287/4 van de Raad van State, gegeven op 30 januari 2013, met toepassing van artikel 3, § 1, van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973,

Besluiten :

Artikel 1. § 1. Behalve wanneer helikopters er moeten deelnemen aan reddingsoperaties en onverminderd de toepassing van alle andere wettelijke van kracht zijnde bepalingen en van de reglementaire bepalingen betreffende de technische exploitatie der luchtvaartuigen, is het landen en het opstijgen van helikopters buiten de luchtvaartterreinen van de hierna gestelde minimale eisen afhankelijk :

1° voor de vlucht moet de piloot een toelating van de eigenaar van het terrein verkregen hebben;

2° het eindnaderings- en opstijgareaal moet een cirkel met een diameter van ten minste 1,5 maal de totale lengte van de helikopter omvatten;

3° de oppervlakte van het eindnaderings- en opstijgareaal moet horizontaal, gehard EN stof- en hindernisvrij zijn;